

Bern, 26. September 2023

## Medienmitteilung

# Ein kleinerer Prämienanstieg wäre möglich

*Der Bundesrat hat die mittlere Prämie für das Jahr 2024 festgelegt. Erneut kommt es zu einem Anstieg von durchschnittlich 8,7 Prozent der Prämien. Das müsste nicht sein. Wichtige Reformen des Gesundheitswesens könnten massgeblich dazu beitragen, den Prämienanstieg zu dämpfen – doch sie werden blockiert.*

Die Gesundheitskosten in der Schweiz wachsen, explodieren aber nicht – und wie in fast allen Industrieländern, seit 15 Jahren immer langsamer. In der Schweiz betrug das Kostenwachstum in den letzten 15 Jahren durchschnittlich 2.6 Prozent. Leider wachsen die Prämien aber stärker als die Kosten. Dies liegt daran, dass wir einen immer grösseren Teil der Gesundheitsversorgung aus Prämiegeldern bezahlen. So kommt es, dass die Prämien für das Jahr 2024 erneut stärker ansteigen als die Gesundheitskosten.

Der Prämienanstieg von durchschnittlich 8,7 Prozent müsste nicht sein: Drei wichtige Reformen des Gesundheitswesens – die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS), die Medikamentenreform und der neue TARDOC – könnten dazu beitragen, den Prämienanstieg zu drosseln. Alle könnten zügig beschlossen und umgesetzt werden.

### EFAS würde die Prämienzahlenden entlasten

Gemeinsam mit einer breiten Allianz von Akteuren im Gesundheitswesen setzt sich die FMH seit Jahren für eine einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS) ein. Die Finanzierungsanteile von Prämien- und Kantonsgeldern würden festgeschrieben – unabhängig davon, ob eine Behandlung ambulant oder stationär erfolgt. Die zunehmende Belastung der Prämienzahlenden durch Verlagerung von Behandlungen in den ambulanten Bereich würde damit gestoppt. EFAS wird schon seit 14 Jahren im Parlament beraten; nun muss diese Reform endlich umgesetzt werden.

### Medikamentenreform

Eine weitere Reform betrifft die Medikamente. Ärzte, Apotheken und Spitäler haben einen Vorschlag zu preisunabhängigen Margen bei Originalpräparaten und Generika bereits vor einem Jahr vorgelegt. Obwohl der Vorschlag die engen Vorgaben des Bundesrats erfüllt, wurde die Beratung im Bundesrat erneut vertagt. Die FMH bedauert, dass damit ein jährliches Sparpotential von rund 250 Millionen Franken noch ungenutzt bleibt.

### TARDOC

Ambulante Behandlungen sind unbestritten die kosteneffizienteste Versorgungsform – und dürfen darum nicht mit einem uralten Tarif ausgebremst werden. Genau das geschieht aber: Mit dem Arzttarif Tardoc liegt seit 2019 ein Lösungsvorschlag bereit, der nur noch vom Bundesrat genehmigt werden müsste. Er stärkt die Grundversorgung und eine kosteneffiziente Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe, beseitigt Fehlanreize und würde zur Entlastung der Prämienzahler beitragen.

### Prämienverbilligungen müssen umgesetzt werden

Der Prämienanstieg trifft Haushalte mit kleinerem Einkommen stärker. Die Prämienverbilligung federt zwar die Prämienbelastung auf durchschnittlich 9,4% des verfügbaren Einkommens ab. Die Belastung ist aber je nach Kanton und Lebenssituation sehr unterschiedlich. Ein kinderloses Paar mit einem Bruttoeinkommen von 60'000 Franken bezahlt im Kanton Zug oder im Kanton Graubünden 4% bzw. 6% des verfügbaren Einkommens für die

Krankenkassenprämien - im Kanton Baselland oder in Neuchâtel jedoch 20% bzw. 21%. Solche hohen Belastungen müssen und können durch politische Entscheidungen vermieden werden. Zudem ist den Personen, die Anrecht auf Prämienverbilligungen haben, ein niederschwelliger Zugang zu diesen Leistungen zu ermöglichen.

**Auskunft**

Abteilung Politik & Kommunikation der FMH

Tel. 031 / 359 11 50, E-Mail: [kommunikation@fmh.ch](mailto:kommunikation@fmh.ch)

Die FMH vertritt als Berufsverband der Schweizer Ärztinnen und Ärzte über 44'000 Mitglieder und als Dachverband rund 90 Ärzteorganisationen. Sie setzt sich dafür ein, dass alle Patientinnen und Patienten Zugang zu einer qualitativ hochstehenden und finanziell tragbaren medizinischen Versorgung haben.